

„Krieg ist der Feind Europas“ (Egon Bahr) ¹

Wie alles begann (2)

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das Europäische Haus zu gestalten.“ ²

Ich „habe mit Generalsekretär Gorbatschow Bausteine für ein gemeinsames Haus Europa“ vereinbart.

Der ideologische Antagonismus zwischen den beiden Blöcken stellte sich offensichtlich als weniger hinderlich heraus, als gemeinhin angenommen und praktiziert wurde. In diesem Kontext schwebten auch noch die ermutigenden Positionen von Außenminister Genscher und des NATO-Generalsekretär Wörner mit, wie die Trennung der Völker Europas zu überwinden, die Sowjetunion/Russland in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen, für den „gemeinsamen Kontinent eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung“ zu schaffen. Die SPD entwickelte gleichfalls alternative Erwägungen im Sinne eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems, welche Egon Bahr in dem von ihm geleiteten Hamburger Institut für Friedens- und Konfliktforschung ausarbeitete. Er ließ sich bei seiner Konzeption für die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs von einem „Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok als sicherheitspolitische Einheit“ ³ leiten. „Europa habe die Chance, die Sicherheit seiner Staaten so zu organisieren, daß Kriege zwischen ihnen unmöglich werden.“

All diese Chancen für eine tragfähige europäische Sicherheitsordnung wurden bereits erspielt oder zerschlagen, bevor der „Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ am 12. September 1990 in Moskau unterschrieben war.

Gernot Erler (SPD), schätzte 2018 als „Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft“ im Auswärtigen Amt, ein: „Heute erleben wir eine tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen. Und die ist auf den ersten Blick vom Ukraine-Konflikt ausgegangen. [...] Die Krise hat offenbar Wurzeln, die tiefer liegen. Immer mehr schält sich heraus, dass der Konflikt nicht Anlass, sondern Produkt eines schon länger währenden Prozesses von Vertrauensverlust und Entfremdung“ ist.⁴

Die NATO-Osterweiterung oder der Sicherheitsbetrug an Russland

„Wenn man versuchen sollte, uns in Dingen, die unsere Sicherheit betreffen, in die Enge zu treiben, so wird dies – ich sage das ganz offen – eine Situation herbeiführen, in der unsere politische Flexibilität jäh beschränkt wird.“ (Schewardnadse)

UdSSR-Außenminister Schewardnadse erklärte anlässlich der Eröffnung der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ am 5. Mai 1990: „Für uns ist die NATO, was sie immer war, ein uns

gegenüberstehender militärischer Block mit einer Doktrin von bestimmter Ausrichtung und unter Voraussetzung der Möglichkeit, den ersten nuklearen Schlag zu führen. [...] Wenn man versuchen sollte, uns in Dingen, die unsere Sicherheit betreffen, in die Enge zu treiben, so wird dies – ich sage das ganz offen – eine Situation herbeiführen, in der unsere politische Flexibilität jäh beschränkt wird. Die Emotionen bei uns werden hochkochen, in den Vordergrund werden die Gespenster der Vergangenheit rücken, und die nationalen Komplexe, die in den tragischen Kapiteln unserer Geschichte wurzeln, werden wiederaufleben.“⁵

Folglich standen bereits damals die NATO-Erweiterung, das Verhindern militärischer Infrastruktur in der Nähe zu den Grenzen Russlands sowie das dortige Stationieren ständiger NATO-Truppen als Misstrauenthemen auf der sicherheitspolitischen UdSSR-Prioritätenliste ganz oben. „Nichts ist vereinbart“, so Schewardnadse, „bevor nicht alle Aspekte der Regelung abgestimmt sind, bevor nicht eine vollständige Interessenbalance (kursiv – A. S.) gefunden ist.“ (Ebenda)

Mit Letzterem fand sich, wie dargestellt, die Bundesregierung zunächst ab. In seinen „Erinnerungen“ an 2+4 hob Außenminister Genscher immer wieder hervor, dass er sich vehement dafür einsetzte, den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion gebührend entgegen zu kommen. In seiner Rede auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzingen am 31. Januar 1990, bei welcher auch DDR-Ministerpräsident Hans Modrow, Matthias Platzeck (damals für die Grüne Partei in der DDR Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow) und Bundespräsident Richard von Weizsäcker zugegen waren, erklärte er: „Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenze der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Diese Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr Verhalten bedeutsam. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Wiedervereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen darf.“⁶

Das war damals glaubwürdig vor dem Hintergrund der Absicht Bonns, sich von äußeren Souveränitätsfesseln zu befreien, die einem mächtigeren deutschen Staat international hinderlich sein könnten. Dafür bedurfte es des Placets der sowjetischen Führung und Bonn bekam es.

Es sei dahin gestellt, ob in Bonn bekannt war, dass bereits im *Februar 1990 – der Warschauer Vertrag bestand noch* - der amerikanische Außenminister Baker anlässlich von Gesprächen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei deren Einverständnis mit einer Osterweiterung der NATO sondierte. Robert L. Hutchings, außenpolitischer Referent der Bush-sen.-Administration, notierte dazu: Während Polen und Ungarn sich als begeisterte NATO-Anhänger erwiesen, war es in Prag schwieriger. „Präsident Havel war schon problematischer“. „Dieser hatte aus seinen Dissidententagen die Überzeugung mit ins Amt übernommen, daß beide ‚militärischen Blöcke‘ – also NATO und Warschauer Pakt – gleichermaßen aufgelöst und von einer neuen, paneuropäischen Friedensordnung‘ ersetzt werden sollten, vorzugsweise durch die KSZE als einem neuen kollektiven Sicherheitssystem. [...] Wir hielten es für wichtig, ihm auseinanderzusetzen, weshalb die Vereinigten Staaten

nicht der Meinung waren, daß die KSZE die NATO als Instrument der europäischen Sicherheit ersetzen könnte, auch wenn sie durchaus ein neues Rollenverständnis annehmen sollte.“⁷ Hutchings verdeutlichte, was für die USA auf dem „Spiel stand“: Zu verhindern, dass die „Wiedervereinigung der Deutschen“ [...] zu einer Vereinbarung führen könnte, „die der gesamten Sicherheitsstrukturen Europas generationenlang zum Nachteil gereichen konnte, akzeptieren. [...] Etwa einen Austritt aus der NATO oder zumindest auf der Verbannung von Atomwaffen von deutschem Boden, oder daß sie der Forderung nachkommen würden, alle in Deutschland stationierten Streitkräfte abziehen zu lassen.“ [...] Eine „Institutionalisierung des KSZE-Prozesses empfanden so manche in Washington als Anathema, weil sie fürchteten, daß die Konferenz die NATO unterminieren könnte.“⁸

Die amerikanische Administration wusste, dass sie die Bonner verbale Distanzen zu einer Osterweiterung der NATO nicht allzu ernst zu nehmen hätte. Hutchings notierte anlässlich des Besuchs einer „großen Delegation der Bundesrepublik“, geleitet von Kohl und Genscher, am 17. Mai 1990 in Washington zur „Koordination der amerikanischen und westdeutschen Politik“: „Zusammenfassung der wichtigsten Punkte gleich nach Ende des Treffens: Punkt drei: US-Truppen sollen im vereinten Deutschland und andernorts in Europa stationiert bleiben. Kohl legte hierauf besonderen Wert.“⁹ Die Clinton-Administration startete ihre Strategie der NATO-Osterweiterung aktiv 1993. Nach Dokumenten des „National Security Archive der USA wurde selbst noch Russlands Präsident Boris Jelzin zunächst in dem Glauben gelassen, eine Osterweiterung der NATO sei nicht geplant.“¹⁰

Folglich spielte diese Positionierung Bonns sowie der USA sich parallel ab zu den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen einschließlich der Kenntnis, dass bereits die UdSSR als Verhandlungspartner „*deutscher Einheit*“¹¹ eine NATO-Osterweiterung kategorisch ablehnte.

Hutchings fasste seine Erkenntnisse aus der Politik der Administration, welcher er gedient hatte, am Ende der Kalten Kriegs zusammen: „Ähnlich wie 1919 und 1945 herrschte auch am Ende des (Kalten Kriegs – A.S.) die siegestrunkene und erwartungsvolle Stimmung, daß die Werte, die den Feind besiegt hatten, sogleich auch Frieden schaffen würden. Aber auch diesmal erlitten die hoffnungsvollen Erwartungen Schiffbruch, sei es in den USA oder in Europa.“

Verteidigung - keine Friedensgarantie denn sie setzt *Gegner* voraus

Modus vivendi KSZE-Generalschlüssel zu friedlicher Koexistenz

Europas *greifbare* KSZE-Friedenserfahrungen gehen auf einen historisch relativen kurzen Zeitraum während des Kalten Kriegs sowie sogar noch der ersten Jahren nach 1990 zurück. In diesem Zeitraum vermochten Ost und West, sicherheitspolitische Unberechenbarkeit auf einem gegenseitig abgestimmten Niveau „einzufrieren“ oder zu adjustieren. Ein militärischer Status Quo trug diesen „Frieden“ trotz parallelem politischen und ideologischen Unfriedens. Beide Seiten waren sich der gegensätzlichen Absichten der anderen bewusst.

Diese Erfahrungen des KSZE-Prozess bieten eine Blaupause:

Erstens: Der KSZE-Prozess funktionierte parallel zum Kalten Krieg und bot somit Räume zu gleichberechtigtem Problemabgleich.

Zweitens: Prioritäres Verständnis von „Konfliktzivilisierung“ (Senghaas) war die *Prävention von Krieg zwischen den Staaten*. Letzteres beruhte auf einer Perzeption, der zufolge nicht Systemunterschiede per se primäre Bedrohungsursache darstellen, sondern die *Militarisierung des Umgangs* mit diesen. Daraus entwickelte sich im Laufe des Helsinki-Prozesses ein Verhaltenssystem:

- Die europäischen Führungen aus West und Ost verstanden es, ihr Staatenverhältnis vor dem eigentlichen Damoklesschwert permanenter gegenseitiger Sicherheitsbedrohung zu bewahren und ihr (auch persönliches) Verhältnis auf Führungsebenen in Takt zu halten.
- Ost und West vermochten es, während des Kalten Kriegs sicherheitspolitische Unberechenbarkeit auf einem gegenseitig abgestimmten Niveau „einzufrieren“ oder zu adjustieren. Dies ermöglichte eine vergleichsweise gegenseitige sicherheitspolitische Berechenbarkeit. Das kam vor allem einem „Ruhens der Waffen“ in Zentraleuropa, der Trennlinie zwischen den Pakten, zugute.
- Daraus entwickelte sich ein auf zwei Säulen beruhender Modus vivendi zwischen Ost und West: Säule eins der militärische Status quo, Säule die mit friedlichen Mitteln auszutragende politische Konkurrenz.

Diese Gesamtkonstruktion von Modus Vivendi als Stabilität der Staatenbeziehungen, Arbeitsverhältnis auf Führungsebenen, militärischem Status Quo erwies sich als eine Art *Generalschlüssel zu demokratischem Verhalten der Staaten zu und miteinander*. Er half, Kräfteverhältnisse der Mächte auszubalancieren und aufrecht zu erhalten.

Literatur

1 Egon Bahr, Der deutsche Weg, Karl Blessing Verlag, München, 2003, S.131.

2 Presse und Informationsdienst der Bundesregierung, Nr. 134/S.1141, Bonn, den 29.November 1989.

3 Egon Bahr, Zu meiner Zeit, Blessing 1996, S. 566.

4 NEUE OSTPOLITIK – ENTSPANNEN, EINDÄMMEN, ABSCHRECKEN?, DGAP-Veranstaltung, Berlin, 1.Juni 2017, <https://dgap.org/de/veranstaltungen/neue-ostpolitik-entspannen-eindaemmen-abschrecken>.

5 Genscher Hans-Dietrich, Erinnerungen, Siedler, S Verlag, 1995. 775.

6 Oldenburg, Fred, Deutsche Einheit und Öffnung der NATO Berichte / BIOst, 52-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/4274/ssoar-1996-oldenburg-deutsche_einheit_und_offnung_der.pdf?sequence=1

7 Robert L. Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war, Alexander Fest Verlag, Berlin, 1999, S. 176.

8 Ebenda 157, 155

9 Ebenda 186

10 Svetlana Savranskaya und Tom Blanton Die NATO-Osterweiterung: Was Jelzin zu hören bekam, NATIONAL SECURITY ARCHIVE, 16.03.18, S. 1/14, in: LUFTPOST, Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein, LP 043/18 – 11.04.18, VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern, <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansionwhat-yeltsin-heard>.

11 Kursiv A.S.